

Protokoll  
über die öffentliche Sitzung  
des Rates  
der Stadt Georgsmarienhütte vom 24.09.2020  
Aula der Realschule, Carl-Stahmer-Weg 16

**Anwesend:**

Vorsitz

---

Hebbelmann, Udo

Mitglieder

---

Bahlo, Dagmar, Bürgermeisterin  
Beermann, Volker  
Bußmann, Ludwig  
Büter, Rainer  
Dälken, Martin  
Dierker, Heinz  
Ferié, Friedrich, Dr.  
Funke, Petra  
Gröne, Christoph  
Haskamp, Clemens, Dr.  
Jantos, Annette  
Kasselmann, Jens  
Kir, Emine  
Kleinheider, Marius  
Kompa, Peter  
Korte, Thomas  
Krüger, Sebastian  
Lorenz, Robert  
Lüchtfeld, Johanna  
Olbricht, Jutta  
Pesch, Karl-Heinz  
Ruthemeyer, Christoph  
Ruthemeyer, Sarah  
Schmechel, Peter  
Spreckelmeyer, Margit  
Spreckelmeyer, Stephan  
Springmeier, Wolfgang  
Symanzik, Julian  
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich  
Wallenhorst, Sandra  
Weckermann, Irina  
Welkener, Jörg

## Verwaltung

---

|                      |            |
|----------------------|------------|
| Plogmann, Karl-Heinz |            |
| Dimek, Torsten       | bis TOP 10 |
| Hornstein, Anton     |            |
| Wolf, Andreas        | bis TOP 10 |
| Otten, Niklas        |            |
| Temme, Viola         |            |
| Brörmann, Lara       |            |

## Gleichstellungsbeauftragte

---

Häring, Susanne, Gleichstellungsbeauftragte

## Protokollführung

---

Jahnke, Claudia

## Fehlende Mitglieder

---

Ahmed, Malik Waseem  
 Averdiek, Andre  
 Knappheide, Christine  
 Müller, Arne  
 Ortmeier, Mark  
 Selige, Dieter

**Beginn:** 18:00 Uhr

**Ende:** 19:20 Uhr

### Tagesordnung

| <b>TOP</b> | <b>Betreff</b> |
|------------|----------------|
|------------|----------------|

---

- |    |   |
|----|---|
| 1. | Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung |
| 2. | Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2020 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.07.2020  |
| 3. | Neubesetzung des Verwaltungsausschusses, der Ausschüsse des Rates und weiterer Gremien<br>Vorlage: BV/166/2020                    |
| 4. | Bekanntgabe einer Eilentscheidung; Auftragsvergabe für die Herstellung einer Stützwand Obere Findelstätte                         |
| 5. | Unterhaltungsarbeiten an Straßen. Zeitvertragsarbeiten Straßenbau - Vergabe des Bauauftrages<br>Vorlage: BV/152/2020              |
| 6. | Spenden für die Grundschule am Harderberg<br>Vorlage: BV/147/2020   |

7. Digitalisierung der bestehenden Personalakten im Rahmen der Einführung der digitalen Personalakte als weiteren Fachschrank im Dokumentenmanagementsystem enaio;  
Genehmigung der obersten Dienstbehörde gem. § 92 a Abs. 2 NBG zur Beauftragung eines externen, privaten Scandienstleisters  
Vorlage: BV/156/2020
8. Umsiedlung der Großtagespflege Krümelmonster; Verkauf eines Grundstücks im Mischgebiet "Gewerbegebiet Mündruper Heide"  
Vorlage: BV/153/2020
9. Umsiedlung der Fa. Holthaus Dächer GmbH; Verkauf eines Grundstücks im Mischgebiet "Gewerbegebiet Mündruper Heide"  
Vorlage: BV/154/2020
10. Kooperation Klärschlamm-trocknung  
Vorlage: BV/155/2020
11. Georgsmarienhütte als "Sicherer Hafen" - Eilantrag der Ratsfrau Ruthemeyer
12. Bericht der Bürgermeisterin
13. Anfragen
- 13.1. Projektmanagement zum Neubau der Michaelisschule

## **1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ratsvorsitzende Hebbelmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Rates und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter/in der Presse. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung trägt er vor, dass ein Dringlichkeitsantrag „Georgsmarienhütte als „Sicherer Hafen“ der Ratsfrau Ruthemeyer vorliegt, welcher in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses ohne Beschlussempfehlung vorbereitet worden sei. Sollte der Rat mit einer Mehrheit von 2/3 seiner Mitglieder die Dringlichkeit feststellen, wäre die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen. Er bittet Ratsfrau Ruthemeyer um die Begründung der Dringlichkeit.

Ratsfrau Ruthemeyer trägt vor, dass in der Situation der Seenotrettung und der aktuellen Lage auf Lesbos, die bereits vor dem Brand krisenbehaftet war, ein schnelles Handeln nötig sei. Schließlich gehe es um das Leben von Menschen und um die Menschenwürde. Auch die Übergangslösung für die Geflüchteten auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz in der Nähe des Hafens der Inselhauptstadt Mytilene biete keine Lösung. Neben der Tatsache, dass die sanitären Zugänge, die Nahrungsversorgung und das Leben in Zelten bei sinkenden Temperaturen nicht optimal seien, lebten bereits jetzt in dem für maximal zehntausend Menschen ausgewiesenen Camp Neuntausend Menschen. In dem abgebrannten Camp von Moria hielten sich zuvor dreizehntausend Menschen auf, die noch Unterkunft finden müssen. Sie wünsche sich, Bürgerin einer Stadt zu sein, die nicht nur tatenlos zuschaut und die Verantwortung auf andere abwälzt.

Das Thema der Flüchtlingspolitik sei neben der Umweltpolitik ein großes Anliegen für ihre Generation, die mit den Konsequenzen, die in der Politik beschlossen werden, letztendlich leben müsse.

In den zwei Monaten bis zur nächsten Ratssitzung vergehe sehr viel Zeit. Zeit, die Menschenleben kosten könne. Sie möchte nicht in einer Stadt leben, die in der Zeit wegguckt, sondern in einer Stadt, die sich aktiv mit den europaweiten Missständen auseinandersetzt, angefangen mit diesem Antrag. Sie hoffe daher auf eine positive Abstimmung über die Dringlichkeit, damit sich der Rat heute mit dem Thema auseinandersetzen und einen kleinen Kiesel ins Rollen bringen kann.

Ratsvorsitzender Hebbelmann lässt über die Anerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Weit mehr als zwei Drittel der Ratsmitglieder erkennen die Dringlichkeit an, so dass die Tagesordnung um den Punkt „Georgsmarienhütte als „Sicherer Hafen““ erweitert wird.

Ratsvorsitzender Hebbelmann weist anschließend darauf hin, dass der Punkt 3 g) Benennung der Mitglieder für die Aufsichtsräte der Stadtwerke Georgsmarienhütte GmbH, der Stadtwerke Netz GmbH und der Panoramabad GmbH vertagt werden sollte, da noch rechtlicher Klärungsbedarf bestehe.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

#### **Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Die Tagesordnung wird einschließlich des Dringlichkeitsantrages „Georgsmarienhütte als „Sicherer Hafen“ der Ratsfrau Ruthemeyer beschlossen.

Der TOP 3 g) Benennung von Mitgliedern für die Aufsichtsräte der Stadtwerke Georgsmarienhütte GmbH, der Stadtwerke Georgsmarienhütte Netz GmbH und der Panoramabad GmbH wird vertagt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Ratsvorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

## **2. Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2020 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.07.2020**

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Bedenken vorgetragen.

#### **Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:**

Das Protokoll Nr. 4/2020 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.07.2020 wird genehmigt.

**3. Neubesetzung des Verwaltungsausschusses, der Ausschüsse des Rates und weiterer Gremien**  
**Vorlage: BV/166/2020**

Auf den Inhalt der Beschlussvorlage wird verwiesen. Ratsvorsitzender Hebbelmann weist noch einmal darauf hin, dass der Unterpunkt g – Benennung von Mitgliedern der Aufsichtsräte der Stadtwerke Georgsmarienhütte GmbH und deren Tochtergesellschaften - heute abgesetzt wurde.

Ratsherr Gröne, Vorsitzender der neu gebildeten Fraktion Gemeinsam für Georgsmarienhütte – GfG – stellt kurz die neue Fraktion und deren Ziele vor. Man strebe einen Dreiklang von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung an – zum Wohl der Stadt Georgsmarienhütte.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die Besetzung der einzelnen Gremien, die jeweils präsentiert wird. Die neu benannten Mitglieder sind rot markiert.

**a) Besetzung des Verwaltungsausschusses**

Die Sitzverteilung und Besetzung des Verwaltungsausschusses mit Bürgermeisterin und Beigeordneten sowie Vertreterinnen und Vertretern wird wie folgt festgestellt:

| <b>Mitglieder</b>                               | <b>Vertreterinnen und Vertreter</b> |
|---|-------------------------------------|
| <b>Bürgermeisterin</b>                          |                                     |
| Bahlo, Dagmar                                   |                                     |
| <b>CDU-Fraktion</b>                             |                                     |
| Bußmann, Ludwig                                 | Sprekelmeyer, Stephan               |
| Dälken, Martin                                  | <b>Sandra Wallenhorst</b>           |
| Haskamp, Dr. Clemens                            | Hebbelmann, Udo                     |
| Ruthemeyer, Christoph                           | Dierker, Heinz                      |
| <b>SPD/FDP-Gruppe</b>                           |                                     |
| Jantos, Annette                                 | Olbricht, Jutta                     |
| Lüchtemfeld, Johanna                            | Ferié, Dr. Friedrich                |
| Müller, Arne                                    | Beermann, Volker                    |
| Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich                    | Symanzik, Julian                    |
| <b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>           |                                     |
| Lorenz, Robert                                  | Funke, Petra                        |
|   | Springmeier, Wolfgang               |
| <b>Fraktion Gemeinsam für Georgsmarienhütte</b> |                                     |
| <b>Gröne, Christoph</b>                         | <b>Büter, Rainer</b>                |
|   | <b>Kleinheider, Marius</b>          |
| <b>Fraktion Die LINKE</b>                       |                                     |
| Schmechel, Peter ( <b>Grundmandat</b> )         | Welkener, Jörg                      |

**b) Besetzung der Fachausschüsse des Rates**  
**Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft**  
**Ausschuss für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport**  
**Ausschuss für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr**

Die Sitzverteilung und Besetzung der Ausschüsse wird wie folgt festgestellt:  
**Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft**

|                            |
|----------------------------|
| <b>CDU-Fraktion</b>        |
| Averdiek, Andre            |
| Dälken, Martin             |
| Dierker, Heinz             |
| Hebbelmann, Udo, (Vorsitz) |

|                                   |
|-----------------------------------|
| <b>SPD/FDP-Gruppe</b>             |
| Jantos, Annette                   |
| Müller, Arne                      |
| Selige, Dieter, (stellv. Vorsitz) |
| Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich      |

|                                       |
|---------------------------------------|
| <b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> |
| Springmeier, Wolfgang                 |

|   |
|---|
| <b>Fraktion Gemeinsam für Georgsmarienhütte</b> |
| Gröne, Christoph                                |

|                           |
|---------------------------|
| <b>Fraktion Die LINKE</b> |
| Schmechel, Peter          |

**Ausschuss für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport**

|                              |
|------------------------------|
| <b>CDU-Fraktion</b>          |
| Averdiek, Andre              |
| Knappheide, Christine        |
| Krüger, Sebastian, (Vorsitz) |
| Ruthemeyer, Sarah            |
| Dierker, Heinz               |

|                                    |
|------------------------------------|
| <b>SPD/FDP-Gruppe</b>              |
| Ahmed, Malik Waseem                |
| Olbricht, Jutta, (stellv. Vorsitz) |
| Spreckelmeyer, Margit              |
| Symanzik, Julian                   |
| Ferié, Dr. Friedrich               |

|                                       |
|---------------------------------------|
| <b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> |
| Funke, Petra                          |
| Springmeier, Wolfgang                 |

|   |
|---|
| <b>Fraktion Gemeinsam für Georgsmarienhütte</b> |
| Kleinheider, Marius                             |

|                                |
|--------------------------------|
| <b>Fraktion Die LINKE</b>      |
| Schmechel, Peter (Grundmandat) |

### Ausschuss für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr

|  |
|--|
| <b>CDU-Fraktion</b>                      |
| Dierker, Heinz                           |
| Kasselmann, Jens                         |
| Pesch, Karl-Heinz                        |
| Sprekelmeyer, Stephan, (stellv. Vorsitz) |
| Wallenhorst, Sandra                      |

|                             |
|-----------------------------|
| <b>SPD/FDP-Gruppe</b>       |
| Beermann, Volker, (Vorsitz) |
| Kir, Emine                  |
| Kompa, Peter                |
| Ortmeyer, Mark              |
| Ferié, Dr. Friedrich        |

|                                       |
|---------------------------------------|
| <b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> |
| Lorenz, Robert                        |
| Weckermann, Irina                     |

|   |
|---|
| <b>Fraktion Gemeinsam für Georgsmarienhütte</b> |
| Büter, Rainer                                   |

|                              |
|------------------------------|
| <b>Fraktion Die LINKE</b>    |
| Welkener, Jörg (Grundmandat) |

#### c) Besetzung des Betriebsausschusses

Die Sitzverteilung und Besetzung des Betriebsausschusses wird wie folgt festgestellt:

|  |
|--|
| <b>CDU-Fraktion</b>                      |
| Hebbelmann, Udo                          |
| Kasselmann, Jens                         |
| Pesch, Karl-Heinz                        |
| Sprekelmeyer, Stephan, (stellv. Vorsitz) |

|                             |
|-----------------------------|
| <b>SPD/FDP-Gruppe</b>       |
| Beermann, Volker            |
| Kompa, Peter                |
| Selige, Dieter              |
| Symanzik, Julian, (Vorsitz) |

|                                       |
|---------------------------------------|
| <b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> |
| Korte, Thomas                         |

|   |
|---|
| <b>Fraktion Gemeinsam für Georgsmarienhütte</b> |
| Gröne, Christoph                                |

|                           |
|---------------------------|
| <b>Fraktion Die LINKE</b> |
| Welkener, Jörg            |

#### d) Besetzung des Ältestenrates

Die Benennung der Mitglieder und stellv. Mitglieder für den Ältestenrat wird wie folgt festgestellt:

| Mitglieder                            | Vertreterinnen und Vertreter |
|---------------------------------------|------------------------------|
| <b>CDU-Fraktion</b>                   |                              |
| Dälken, Martin                        | Haskamp, Dr. Clemens         |
| Ruthemeyer, Christoph                 | Bußmann, Ludwig              |
| <b>SPD/FDP-Gruppe</b>                 |                              |
| Kompa, Peter                          | Jantos, Annette              |
| Ferié, Dr. Friedrich                  | Lüchtfeld, Johanna           |
| <b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> |                              |
| Springmeier, Wolfgang                 | Lorenz, Robert               |

#### e) Besetzung des Präventionsrates

Die Sitzverteilung und die Benennung der Mitglieder des Rates im Präventionsrat wird wie folgt festgestellt:

|   |
|---|
| <b>Bürgermeisterin</b>                          |
| Bahlo, Dagmar                                   |
| <b>CDU-Fraktion</b>                             |
| Averdiek, Andre                                 |
| Wallenhorst, Sandra                             |
| <b>SPD/FDP-Gruppe</b>                           |
| Kir, Emine                                      |
| Spreckelmeyer, Margit                           |
| <b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>           |
| Funke, Petra                                    |
| <b>Fraktion Gemeinsam für Georgsmarienhütte</b> |
| Büter, Rainer                                   |

**f) Besetzung des Gemeinsamen Rates der Stadtbibliothek**

Für den Gemeinsamen Rat der Stadtbibliothek Georgsmarienhütte werden folgende Vertreter/innen benannt:

|                                       |
|---------------------------------------|
| <b>CDU-Fraktion</b>                   |
| Hebbelmann, Udo                       |
| SPD/FDP-Gruppe                        |
| Kir, Emine                            |
| <b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> |
| Funke, Petra                          |

**4. Bekanntgabe einer Eilentscheidung; Auftragsvergabe für die Herstellung einer Stützwand Obere Findelstätte**

Ratsvorsitzender Hebbelmann gibt bekannt, dass der Verwaltungsausschuss am 26.08.2020 im Rahmen einer Eilentscheidung einstimmig beschlossen hat, die Firma Clausing, Osnabrück, mit der Herstellung eines Ersatzbauwerkes für die Stützwand Obere Findelstätte zu beauftragen.

Die Auftragssumme beträgt 222.385,22 €.

**5. Unterhaltungsarbeiten an Straßen. Zeitvertragsarbeiten Straßenbau - Vergabe des Bauauftrages  
Vorlage: BV/152/2020**

Ratsvorsitzender Hebbelmann bittet um Zustimmung zum einstimmigen Beschlussvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss.

**Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Die Fa. Dröge, Georgsmarienhütte, ist mit der Ausführung der Zeitvertragsarbeiten Straßenbau zu beauftragen.

Die Auftragssumme beträgt 220.000,- €

**6. Spenden für die Grundschule am Harderberg  
Vorlage: BV/147/2020**

In dieser Angelegenheit liegt eine einstimmige Beschlussempfehlung aus dem Verwaltungsausschuss vor, welche der Ratsvorsitzende zur Abstimmung stellt.

**Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Die Annahme der Geldspende der Sparkasse Osnabrück im Wert von 700,00 € für die Grundschule am Harderberg wird genehmigt.

- 7. Digitalisierung der bestehenden Personalakten im Rahmen der Einführung der digitalen Personalakte als weiteren Fachschrank im Dokumentenmanagementsystem enaio;  
Genehmigung der obersten Dienstbehörde gem. § 92 a Abs. 2 NBG zur Beauftragung eines externen, privaten Scandienstleisters  
Vorlage: BV/156/2020**

Der Ratsvorsitzende bittet um Zustimmung zur einstimmigen Beschlussempfehlung aus dem Verwaltungsausschuss.

**Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte genehmigt gem. § 92 a Abs. 2 NBG als oberste Dienstbehörde, die Personalakten aller bei der Stadt Georgsmarienhütte beschäftigten Personen, aller Beamten und Beamtinnen, des Ersten Stadtrats und der Bürgermeisterin durch einen externen Dienstleister im Rahmen einer Auftragsdatenverarbeitung einscannen zu lassen.

Dabei sind alle erforderlichen organisatorischen und technischen Maßnahmen zu ergreifen, um den Anforderungen der DS-GVO gerecht zu werden und um die Daten vor unberechtigtem Zugriff, Verlust oder Beschädigung zu schützen.

- 8. Umsiedlung der Großtagespflege Krümelmonster; Verkauf eines Grundstücks im Mischgebiet "Gewerbegebiet Mündruper Heide"  
Vorlage: BV/153/2020**

Ratsherr Symanzik nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Es liegt eine einstimmige, um den letzten Satz ergänzte Beschlussempfehlung aus dem Verwaltungsausschuss vor.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, bittet der Ratsvorsitzende Hebbelmann um Abstimmung.

**Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Im Mischgebiet MI 2 des Bebauungsplans 268 „Gewerbegebiet Mündruper Heide“ wird ein ca. 500-550 m<sup>2</sup> großes Grundstück, Teilfläche des Flurstücks 205/10, Flur 7, Gemarkung Holsten-Mündrup, im Eigentum der NLG zu einem Preis von 95 €/m<sup>2</sup> veräußert zur Umsiedlung der Großtagespflege Krümelmonster sowie zur Errichtung einer Wohnung. Es wird eine Bau- und Betriebsverpflichtung für den Bau eines zweigeschossigen Gebäudes mit ca. 140 m<sup>2</sup> überbauter Fläche vereinbart, wobei im Erdgeschoss die Großtagespflege untergebracht wird und im Obergeschoss eine Wohnung errichtet wird. Die Frist für die Bau- und Betriebsverpflichtung beträgt drei Jahre.

Über die Bau- und Betriebsverpflichtung hinaus wird eine Verpflichtung zur dauerhaften freiberuflichen oder gewerblichen Nutzung sowie zur Wohnnutzung für Teilflächen des Gebäudes im Grundbuch durch Eintragung einer Dienstbarkeit abgesichert. Dabei soll die Nutzung des gesamten Gebäudes für Großtagespflegen nicht ausgeschlossen werden.

Das Grundstück wird aus dem familiären Umfeld der beiden Gesellschafter der GbR erworben.

**9. Umsiedlung der Fa. Holthaus Dächer GmbH; Verkauf eines Grundstücks im Mischgebiet "Gewerbegebiet Mündruper Heide"  
Vorlage: BV/154/2020**

Ratsvorsitzender Hebbelmann bittet um Zustimmung zur vorliegenden einstimmigen Beschlussempfehlung aus dem Verwaltungsausschuss.

**Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Im Mischgebiet MI 1 und MI 2 des Bebauungsplans 268 „Gewerbegebiet Mündruper Heide“ werden veräußert zur Umsiedlung der Fa. Holthaus Dächer GmbH sowie zur Errichtung von zwei Wohnungen:

- ein ca. 650 m<sup>2</sup> großes Grundstück, Teilfläche des Flurstücks 205/10, Flur 7, Gemarkung Holsten-Mündrup, im Eigentum der NLG, zu einem Preis von 95 €/m<sup>2</sup>, gelegen im MI 2,
- ein ca. 1.350 m<sup>2</sup> großes Grundstück, ebenfalls Teilfläche des Flurstücks 205/10, Flur 7, Gemarkung Holsten-Mündrup, im Eigentum der NLG, zu einem Preis von 85 €/m<sup>2</sup>, gelegen im MI 1.

Es werden Bau- und Betriebsverpflichtungen vereinbart mit Fristen von drei Jahren

- für das Grundstück im MI 2 zur Errichtung und Nutzung von zwei Wohnungen, davon eine im Obergeschoss, sowie einem Büro- und Sozialraum für die Fa. Holthaus Dächer GmbH im Erdgeschoss,
- für das Grundstück im MI 1 zur Errichtung und Nutzung einer Halle von min. 500 m<sup>2</sup> überbauter Fläche für die Fa. Holthaus Dächer GmbH.

Über die Bau- und Betriebsverpflichtung hinaus werden Verpflichtungen zur dauerhaften freiberuflichen oder gewerblichen Nutzung sowie zur Nutzung für zwei Wohnungen im Grundbuch durch Eintragung einer Dienstbarkeit abgesichert.

Für die Grundstücke ist die Stadt/NLG beim Ankauf vom Landwirt eine Verpflichtung zur Nachzahlung eines erhöhten Kaufpreises von 25 €/m<sup>2</sup> eingegangen, wenn mehr als eine Wohnung errichtet wird. Dies ist beim Grundstück im MI 2 dann der Fall. Diese Nachzahlung wird der NLG vom Käufer erstattet.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass im Hinblick auf Emissionen die Ansiedlung zulässig ist.

**10. Kooperation Klärschlamm-trocknung  
Vorlage: BV/155/2020**

In dieser Angelegenheit liegt eine einstimmige Beschlussempfehlung aus dem Betriebsausschuss vor, in dem der ursprüngliche Beschlussvorschlag unter Nr. 3 um den Zusatz „und der Befürwortung zum Gesellschaftsvertrag durch den Rat“ ergänzt wurde. Der Verwaltungsausschuss hat diesem ergänzten Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Herr Dorroch, Leiter des Eigenbetriebes Abwasser und Geschäftsführer der Stadtwerke Georgsmarienhütte GmbH erläutert den Beschlussvorschlag entsprechend der zu dieser Vorlage eingestellten/vorgelegten Präsentation. Er weist darauf hin, dass bereits vor gut einem Jahr die vier kommunalen Kooperationspartner (Bramsche, Melle, Wallenhorst und Georgsmarienhütte) bekundet hatten, die Themen der Klärschlamm-trocknung und der Klärschlamm-trocknung sowie die damit verbundenen zukünftigen Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Diese bestünden u.a. in verschärften Anforderungen in der

Abfallklärschlamm- und Düngemittelverordnung, einem Ausbringungsverbot in Wasserschutzgebieten sowie einer verpflichtenden Phosphorrückgewinnung ab 2032. Entsprechend der 2017 in Kraft getretenen Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverordnung muss bis Ende 2023 ein Konzept zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlämmen erstellt und dieses bis 2032 umgesetzt werden. Die kommunalen Partner haben sich dementsprechend zum Ziel gesetzt, die Entsorgungssicherheit des anfallenden Klärschlammes zu moderaten und zukunftssicheren Preisen zu gewährleisten. Dieses soll in erster Linie über eine Reduzierung des Klärschlammvolumens in Form einer weiteren Trocknung erfolgen.

Ob die Gründung einer interkommunalen Gesellschaft und der damit verbundene Neubau einer modernen Klärschlamm-trocknungsanlage die o.g. Ziele und Anforderungen erfüllen könnte, wurde in zwei Arbeitskreisen unter Berücksichtigung sämtlicher technischer, kaufmännischer und vergaberechtlichen Fragen geprüft. Ergebnis der Prüfung ist, dass die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Betrieb unterhalb der zurzeit marktüblichen Preise gegeben sind. Darin eingeschlossen ist auch ein Szenario, bei dem keine Abwärme des nahegelegenen Stahlwerkes genutzt werden könnte. Ziel der Planungen ist es aber, die ohnehin schon bestehenden Kooperationen zur Nutzung von Abwärme auch in das Projekt der neuen Klärschlamm-trocknungsanlage einzubinden. Auch die genehmigungsrechtlichen Aspekte zum Betrieb der Anlage – wie etwa die Einhaltung bestimmter Emissionswerte – wurden im Vorfeld eingehend geprüft.

Das weitere Verfahren sieht nun vor, dass nach der Gründung der Kooperationsgesellschaft durch diese ein Förderantrag für die Umsetzung des Projektes gestellt werden soll. Im Anschluss geht es in die Genehmigungsphase, sodass nach zuvor erfolgter Ausschreibung, Anfang 2022 mit den Arbeiten zum Bau der Trocknungsanlage begonnen werden könnte. Insgesamt können dann rund 18.000 Tonnen Klärschlamm in der Anlage an der Malberger Mühle verarbeitet werden. Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf rund 5,7 Millionen Euro.

Ratsherr Beermann erklärt, dass die SPD/FDP-Gruppe die geplante Kooperation begrüße. Zwar habe es zunächst Vorbehalte der Anlieger gegeben, die Stadtwerke hatten aber angeboten, für alle Fragen zur Verfügung zu stehen – schließlich möchte man alle Bürgerinnen und Bürger bei diesem wichtigen Vorhaben mitnehmen. Eine weitere Bürgerbeteiligung erfolge im offiziellen Verfahren. Es habe sich aber bereits jetzt herausgestellt, dass keine neuen Emissionen zu erwarten seien; im Gegenteil: diese würden zukünftig geringer ausfallen.

Laut Ratsherrn Sprekelmeyer steht auch die CDU-Fraktion diesem „Leuchtturmprojekt“ positiv gegenüber, auch vor dem Hintergrund der beabsichtigten Abwärmenutzung des Stahlwerkes. Die von den Anliegern vorgetragenen Bedenken seien geklärt worden. Seitens der anderen Kommunen werde die geplante Kooperation äußerst positiv gesehen. Er gehe davon aus, dass der Rat der Stadt Georgsmarienhütte heute zustimmen werde.

Ratsherr Gröne trägt vor, dass die Fraktion Gemeinsam für Georgsmarienhütte diese zukunftsweisende Kooperation ebenfalls begrüße. Er gehe davon aus, dass auch die ab 2032 verpflichtende Phosphorrückgewinnung auf diese Weise einfacher sichergestellt werden kann.

Für die Fraktion DIE LINKE erklärt Ratsherr Welkerner, dass man dieses Projekt ebenfalls unterstütze. Da eine Einhausung der Anlage geplant sei, dürfte es auch wohl keine Probleme durch Geruchsbelästigungen geben.

Ebenso positiv sieht Ratsherr Korte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die geplante Kooperation, wobei er insbesondere die Fernwärmenutzung des Stahlwerks begrüßt.

Auf Anfrage des Ratsherrn Trimpe-Rüschemeyer erklärt Herr Dorroch, dass das Projekt zustande komme, wenn  $\frac{3}{4}$  der Kommunen der Gesellschaft beitreten. Sollte also eine

Kommune ihre Meinung ändern, bedeute das noch kein Aus für das Projekt. Er weist auf Anfrage des Rats Herrn Dr. Ferié darauf hin, dass die Verhandlungen mit dem Stahlwerk auf einem guten Wege seien. Bzgl. der Klärschlammengen gehe man davon aus, dass 80% aus kommunalen Händen angenommen werden, bis zu einem Anteil von 20% können Klärschlämme aus dem freien Markt angenommen werden; hierfür wurden in der Kalkulation keine höheren Preise angenommen. Eine Frage des Rats Herrn Springmeier bzgl. des benötigten Personals beantwortet er dahingehend, dass die zusätzlichen Arbeiten de facto von den Mitarbeitenden der Kläranlage mit übernommen würden, wobei von einer zusätzlichen Stelle ausgegangen werde.

Der Vorsitzende des Betriebsausschusses, Rats Herr Symanzik, bedankt sich bei allen Beteiligten der Stadtwerke, insbesondere bei Herrn Lietzke, für die gute und zukunftsorientierte Arbeit. Er bittet um Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag.

### **Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

1. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft zur Trocknung und Weiterbehandlung von kommunalen Klärschlämmen im Verbund mit den Kommunen Bramsche, Melle und Wallenhorst. Der Beschluss gilt, wenn mindestens  $\frac{3}{4}$  der veranschlagten Klärschlammmenge von 14.000 t durch die Kooperationspartner zur Verfügung gestellt werden.
2. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte gibt die Zustimmung zur Erarbeitung eines Gesellschaftsvertrages der gemeinsamen Klärschlamm-trocknungsgesellschaft.
3. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt, bei Entstehen der Gesellschaft und der Befürwortung zum Gesellschaftsvertrag durch den Rat, die Zustimmung zum Bau einer Klärschlamm-trocknungsanlage durch die Gesellschaft.

### **11. Georgsmarienhütte als "Sicherer Hafen" - Eilantrag der Ratsfrau Ruthemeyer**

Diese Angelegenheit, die in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses vorbereitet wurde, wurde heute nachträglich auf Antrag der Ratsfrau Ruthemeyer als Eilantrag auf die Tagesordnung gesetzt.

Ratsfrau Ruthemeyer begründet ihren Antrag. Sie möchte mit diesem Antrag ein Zeichen für die Menschlichkeit setzen. Zentraler Punkt des Antrags sei es, dass Georgsmarienhütte Aufnahmeplätze für Menschen auf der Flucht zur Verfügung stellt, und zwar über die zu erfüllende Verteilungsquote, nach dem Königsteiner Schlüssel, hinaus. Den Menschen solle Ankommen, Integration und ein sicheres menschwürdiges Leben geboten werden. Des Weiteren solle sich Georgsmarienhütte mit den anderen Kommunen, die sich zu einem „Sicheren Hafen“ erklärt haben, vernetzen. Dazu zählen bereits 182 Kommunen, unter anderen auch Hasbergen und Osnabrück.

Rein theoretisch bedeute dieses, dass für den Fall, dass es einen Bescheid vom Bund geben würde, dass Deutschland alle Geflüchteten auf Lesbos aufnimmt, nur knapp 71 Menschen hier in unserer Stadt Zuflucht finden. Praktisch gesprochen soll mithilfe dieses kommunalen Bündnisses auf die Bundespolitik eingewirkt werden, um auch in Europa einen Ruck zu bewirken und alle Länder zur Verantwortung zu ziehen.

Die Umstände in der Seenotrettung und auf der Insel Lesbos seien katastrophal. Wie bereits im Eilantrag erwähnt, biete die aktuelle Übergangslösung keine wirkliche Verbesserung für die Menschen vor Ort. Ganz zu schweigen von den Menschen, die gerade jetzt im Mittelmeer um ihr Überleben kämpfen. Sie möchte nicht einfach wegschauen und so tun, als ob sie all das nichts angehe. Vielmehr sei ihr Verständnis von Demokratie, dass die kleinen Leute Impulse setzten und ihre Stimme erheben, um auf die Entscheidungen in der Bundespolitik einzuwirken. Das könne durch Wahlen, Demonstrationen und Petitionen geschehen oder eben durch die kommunale Politik. Besonders jetzt, wo Deutschland den Vorsitz im EU-Rat innehat, sei es ihrer Meinung nach wichtig, als Vorbild voranzugehen und verstärkt auf die Bundespolitikerinnen und -politiker einzuwirken. Vorschläge wie die von Frau von der Leyen gingen langfristig in die richtige Richtung. Vor allem möchte sie deren Aussage, dass die Rettung von Menschen aus Seenot nicht optional sei, an dieser Stelle erwähnen. Wie Ministerpräsident Ramelow in einem Interview mit der Zeit sagt, sei mit ihrem neuen Migrationspaket kurzfristig den Menschen vor Ort nicht geholfen. Vielmehr wäre es zu begrüßen, wenn weitere Kommunen sich bereit erklären, Heimat suchende Menschen aufzunehmen. Sie würde es begrüßen, wenn wir dazu beitragen, dass den Menschen aus Moria die Würde zurückgegeben wird, die ihnen anderswo genommen wurde. Sicherlich würden sich rational gedacht einige Argumente, weshalb Georgsmarienhütte nicht handeln sollte, finden, aber im Namen der Menschlichkeit hoffe sie auf eine positive Abstimmung über ihren Antrag.

Ratsfrau Jantos dankt Ratsfrau Ruthemeyer für diesen Antrag; es sei eine hervorragende Idee gewesen, diesen Punkt für die heutige Tagesordnung zu beantragen. Auch die SPD/FDP-Gruppe habe schon darüber nachgedacht, diese Angelegenheit einmal zu thematisieren. Wichtig sei es, nun Druck zu machen auf die Entscheider, damit weitere Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden. Georgsmarienhütte sollte der Koalition „Seebrücke schafft sichere Häfen“ beitreten und auch die Potsdamer Erklärung unterstützen, und zwar sofort.

Für Ratsherrn Ruthemeyer ist der Antrag ein starkes Signal der jungen Generation, den „Entscheidern“ von morgen. In der CDU-Fraktion sei das Thema ausführlich diskutiert worden und es gebe verschiedene Meinungen, in welcher Form Hilfe geleistet werden sollte. Einig sei man sich aber gewesen, dass humanitäre Hilfe notwendig sei. Er könne sich dem Vorschlag der Ratsfrau Jantos anschließen.

Ratsherr Welkener begrüßt im Namen der Fraktion DIE LINKE ebenfalls den Antrag. Als Christ sei es wichtig, nicht wegzuschauen, sondern bei derart menschenunwürdigen Zuständen Hilfe zu leisten.

Ratsherr Dr. Ferié kritisiert die Zustände in Moria, welche eine Schande für das kultivierte Europa seien. Die Verhältnisse seien unerträglich. Jetzt müssten alle Kräfte mit Nachdruck zusammengefasst werden, um den Menschen eine menschenwürdige Zukunft zu schaffen.

Ratsherr Lorenz schließt sich dem Vorschlag der Ratsfrau Jantos an, die Ziele der „Seebrücke“ und der „Potsdamer Erklärung“ zu unterstützen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spreche sich „ohne Wenn und Aber“ für die Aufnahme von Flüchtlingen aus. Hilfe für die Menschen in Moria sei dringend notwendig; die Menschen leiden Hunger, die sanitären Verhältnisse und die medizinische Versorgung seien katastrophal. Der Beschluss sollte deshalb dahingehend erweitert werden, die Bundesregierung aufzufordern, die Bevölkerung in Moria und auf den anderen Inseln der Ägäis mit Lebensmitteln und Hilfsgütern zu versorgen. Es seien aber nicht alle Punkte des umfangreichen Antrages/Anhangs der Ratsfrau Ruthemeyer ohne Weiteres umzusetzen, z.T. fielen sie nicht in die Zuständigkeit der Stadt bzw. widersprechen der Potsdamer Erklärung. Dieses müsse bei der Formulierung des Beschlussvorschlages berücksichtigt werden.

Gleichstellungsbeauftragte Frau Häring weist darauf hin, dass die Stadt Georgsmarienhütte schon heute Geflüchtete über die Quote hinaus aufnehme.

Bürgermeisterin Bahlo unterstützt ebenso wie ihre Vorredner/in den Antrag der Ratsfrau Ruthemeyer. Es sei wichtig, sich einzubringen und Hilfe für die Geflüchteten in Moria einzufordern. Sie betont, dass die Stadt Georgsmarienhütte derzeit schon Geflüchtete über die Quote hinaus aufnehme und alles in ihrem Kompetenzbereich unternehme, um die ankommenden Personen zu unterstützen und auf dem Weg einer erfolgreichen Integration zu begleiten.

Ratsfrau Ruthemeyer freut sich über die breite Zustimmung zu ihrem Antrag. Wichtig sei es, dass die Stadt der Koalition „Seebrücke schafft sichere Häfen beitrete“ und Flüchtlinge über die Quote hinaus aufnehme.

Nach Beendigung der Aussprache stellt der Ratsvorsitzende Hebbelmann den entsprechend der Vorschläge aus den Reihen des Rates formulierten Antrag zur Abstimmung.

**Folgender Beschluss wird bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst:**

Die Stadt Georgsmarienhütte tritt der Koalition der deutschen Städte und Landkreise „Seebrücke schafft sichere Häfen“ bei und unterstützt die Potsdamer Erklärung der „Städte sichere Häfen“.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich den Geflüchteten in Moria und auf anderen Inseln in der Ägäis humanitäre Hilfe zu leisten und sie mit Nahrungsmitteln sowie medizinischer Hilfe zu versorgen.

Die Stadt Georgsmarienhütte erklärt sich bereit, über die Verteilungsquote hinaus Flüchtlinge aufzunehmen.

**12. Bericht der Bürgermeisterin**

Ein Bericht der Bürgermeisterin wird heute nicht vorgetragen.

**13. Anfragen**

**13.1. Projektmanagement zum Neubau der Michaelisschule**

Es liegt eine schriftliche Anfrage der Fraktion „DIE LINKE“ vor.

Die Fragen sowie die Antworten des Fachbereiches III, ZGM, sind nachfolgend aufgeführt.

Vorangestellt wird seitens des ZGM, dass es immer schwierig ist, auf Fragen die im Konjunktiv auf die Vergangenheit verweisen – Was wäre gewesen, wenn ...? – eine abschließende Antwort zu geben, da ein gewisses Maß an ggf. Spekulation immer anhängig bleibt. Nichtsdestotrotz wurden entsprechende Antworten in diversen politischen Gremien immer wieder dokumentiert und waren Gegenstand der Diskussion. Insofern sind die Antworten innerhalb der politischen Gremien eigentlich hinlänglich bekannt.

1. Frage:

Wieviel schneller hätte die Stadt die Schule in Eigenregie bauen können?

Antwort:

Wenn an der Sanierung beibehalten worden wäre, wäre der letzte 4. Bauabschnitt vermutlich Sommer 2021 fertiggestellt worden, da 2017 seinerzeit damit bereits begonnen wurde.

Bei Verzicht auf die Projektmanagementausschreibung (Beschluss Nov. 2019 / Ausschreibung März 2020 / Vergabe frühestens 14.10.2020 / Bedarfsplanung frühestens bis Ende Februar 2021 / WBW Architekt voraussichtlich bis Juli 2021 / Planung voraussichtlich bis 2022 / Bau bis Ende 2024) wäre gemäß den Präsentationen in den politischen Gremien 2019 je nach Verwaltungsvorschlag eine Fertigstellung des Neubaus 2022 denkbar gewesen, nach derzeitigem Stand zumindest aber ein Jahr schneller realisierbar.

2. Frage:

Wieviel hätte die Stadt dabei sparen können?

Antwort:

Nicht eingerechnet die Arbeitszeit im ZGM mind. das Honorar des Projektsteuerers, lt. Angebote günstigster Bieter mind. 419.356,62 € - 500.000 € zzgl.

Architektenhonorare Leistungsphasen 1-4 ca. lt. Präsentation August 2019 ausgewiesen mind. 205.000 €.

Laut aktueller Honorarberechnung ca. 240.000 € brutto.

Hinzuzurechnen wären mind. 60.000 € Vergabeverfahren Architekt.

In der Summe mind. 685.000 – 800.000 € zzgl. bereits verbuchter 450.000 € für die erbrachte Umbauplanung und begonnene Umsetzung der Sanierung in 2017.

3. Frage:

Warum sind die Kosten der Angebote für das Projektmanagement so viel höher als die von der Arbeitsgruppe geschätzten 180.000 €, so dass es nicht einmal sicher ist, dass wir mit 650.000 € auskommen?

Antwort:

Der Beschluss, einen Projektsteuerer vorzuschalten, ist ein politischer Beschluss. Es gab, so wurde gegenüber der Verwaltung mitgeteilt, im Vorfeld interfraktionelle Gespräche unter Beteiligung externer, regional bekannter Büros/Firmen. Auf Grundlage dieser Gespräche beruhen die Zahlen 180.000 € bzw. unter 200.000 € auf Aussagen von Ratsmitgliedern, die die Aussagen der Verwaltung und des RPA bezweifelten und die Erfordernis einer europaweiten Ausschreibung als nicht notwendig erachteten. Mithin sollte das Einholen von drei Angeboten ausreichen. Das RPA wie auch die Verwaltung haben immer auf einer europaweiten Ausschreibung bestanden, mit dem Hinweis, dass die Honorarkosten allein aufgrund des Finanzvolumens des Bauvorhabens, in Anbetracht des erforderlichen Leistungsumfangs, grundsätzlich oberhalb des Schwellenwertes liegen müssen. - Schwellenwert zum Zeitpunkt der Ausschreibung 221.000 € Planungsleistungen/ 5,548 Mio. € Bauleistungen. Die Verwaltung wurde in ihrer Ansicht der Sachlage durch die Submissionsergebnisse also bestätigt.

4. Frage:

Unter Berücksichtigung, dass für eine externe Projektleitung so viel Geld ausgegeben wird, wäre es für das Geld auch möglich gewesen, einen weiteren Architekten einzustellen, der sich nur um dieses Projekt von Stadtseite aus hätte kümmern können?

Antwort:

Ja, das wäre möglich gewesen, zumindest befristet bis zur Fertigstellung der Maßnahme.

Ein Architekt ist bei der Stadt mit jährlich 75.000 bis 90.000 € brutto Arbeitgeberkosten zu veranschlagen. Bei einer angesetzten Projektzeit bis zur Fertigstellung 2024, also 4-5 Jahre max. 360.000 – 450.000 €.

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Ratsvorsitzende Hebbelmann die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmenden für die Mitarbeit.

gez. Hebbelmann  
Vorsitz

Bahlo  
Bürgermeisterin

Jahnke  
Protokollführung